Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr 4 — Redaktion: Helene Hanna Cohn, München,



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. —

Anzeigenannahme: Verlag des „Jüdischen Echo“, München, Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

Nummer 39 München / 4. Jahrgang 28. September 1917

Die jüdische Kongreßbewegung.

Es ist nützlich, von Zeit zu Zeit darauf hinzuweisen: während der Krieg einer Reihe von jüdischen Verbänden Gelegenheit gibt, der Mitwelt eindringlicher als je zuvor zu versichern, daß der deutsche Jude mit dem russischen, der amerikanische Jude mit dem galizischen keine andere Gemeinschaft als die des Glaubens hat und in ihm nur in religiöser Hinsicht einen Bruder, in nationaler jedoch einen Feind sieht, geht wie eine gewaltige Welle durch die Welt die jüdische Kongreßbewegung, die nur denkbar ist als Willensäußerung eines jüdischen Volkes und die deutlicher als irgendein anderes Ereignis die Welt von der völkischen Verbundenheit aller Juden überzeugen wird. „Wir haben aufgeklärt, und dennoch spuckt's in Tegel!“ müssen die Gegner des jüdischen Volksbewußtseins sich bei dieser Tatsache sagen.

Die jüdische Kongreßbewegung ist ausgegangen von Amerika. Hier, wo man bis vor kurzer Zeit dem Kriege als Zuschauer gegenüberstand, wo gewaltige jüdische Massen mitansahen, wie die Juden der verschiedensten Länder in einen Krieg verwickelt wurden, der mit ihrem Judentum nichts zu tun hatte, unter dem sie aber dennoch als Juden zu leiden hatten, hier wo man beobachtete, wie auch Länder, die ihren jüdischen Untertanen jederzeit als Feinde gegenübergestanden hatten, von diesen Juden Hingabe und Aufopferung verlangten, hier, wo man auch fühlte, daß alle nationalen Fragen nach einer klaren Entscheidung drängten, mußte zuerst der Wille erwachen, eines der größten Probleme der alten Welt: das Judenproblem durch diesen Krieg gelöst zu sehen. Das amerikanische Judentum, das lange hoffen durfte, politisch neutral zu bleiben und bei künftigen Friedensverhandlungen seine Regierung eine Vermittlerrolle spielen zu sehen, mußte sich am meisten berufen fühlen, auf einem künftigen Friedenskongreß für das Judentum der ganzen Welt einzutreten. Es ist nicht notwendig, hier auf die schweren Kämpfe hinzuweisen, unter denen sich die Geburt der Kongreßbewegung in Amerika vollzogen hat, weil der Masse der jüdisch-völkisch Gesinnten eine Anzahl von Persönlichkeiten gegenüberstand, welche den Standpunkt „amerikanischer Staatsbürger jüdischen Glaubens“ vertrat. Das Entscheidende ist, daß die jüdischen Nationalisten das Feld behaupteten und heute gemeinsam mit den anderen Parteien den Kongreß vorbereiten, auf dem vor allem die folgenden Forderungen erhoben werden sollen:

1. Gleichberechtigung der Juden in allen Ländern, wo sie solche noch nicht oder nicht völlig besitzen;
2. Palästina als Heimstätte des jüdischen Volkes;
3. stärkere Arbeit am jüdischen Kulturwerk in allen Ländern der Welt.

Die erzielte Einigung war ein Glück für die Bedeutung des Kongresses sowohl für die Außenwelt wie für das amerikanische Judentum selbst. Sollen Forderungen erhoben werden — etwa auf einem künftigen Friedenskongreß — so darf nicht nur eine, wenn auch noch so starke jüdisch-amerikanische Gruppe sie erheben, sondern die Welt muß sehen, daß die gesamte jüdische Bevölkerung Amerikas dahintersteht. Nach innen aber, in ihrer Wirkung auf die amerikanischen Juden, wird eine Organisation, die alle jüdischen Kräfte zu vereinen vermag, eine viel tiefere Wirkung haben, da sie in den Juden Amerikas den Glauben an ihre eigene Kraft und die Macht ihrer Ideale bestärkt.

Nachdem nun die amerikanischen Juden von ihrer Regierung in den Krieg mitverstrickt worden sind und damit der Möglichkeit beraubt wurden, künftig als Unparteiische aufzutreten, hätte leicht die Kongreßbewegung abflauen oder in das Fahrwasser einer internen jüdisch-amerikanischen Angelegenheit gedrängt werden können. Wenn nicht inzwischen der Kongreßgedanke auf andere Länder übergesprungen wäre und die ganze Bewegung einen breiteren Rahmen erhalten hätte.

Seit Monaten gärt es auch unter den Juden Österreichs. Da man erwarten kann, daß Österreichs Nationalitätenprobleme beim Kriegsende irgendwie gelöst werden müssen, wurde auch die alte Frage der jüdischen Nationalität mit ihren eigenen kulturellen und administrativen Rechten akut. Heute liegen bereits eine Menge von Stimmen bekannter und einflußreicher österreichischer Juden vor, die sämtlich einen Kongreß der österreichischen Juden fordern, auf dem diese eine Organisation erhalten und als eine geschlossene nationale Macht vom Staate volle Gleichberechtigung fordern sollen.

Daß aber ein solcher Kongreß nicht stattfinden wird, ohne daß die österreichische Judenheit neben ihren besonderen Wünschen auch Forderungen für das gesamte jüdische Volk äußern wird, darf als ziemlich sicher gelten. Ebenso sicher dürfte es sein, daß diese Forderungen sich mit denen der amerikanischen Juden decken werden.

Ähnliches hat sich in Rußland vollzogen. Nachdem die alte Regierung abgesetzt und die Gleichberechtigung der Nationalitäten erklärt worden war, zeigte es sich, daß die Mehrzahl des Volkes nicht, wie es seinerzeit bei der Emanzipation in Westeuropa geschehen, ihre jüdische Nationalität aufzugeben trachtete, sondern sofort daran ging, durch die Forderung der nationalen Autonomie sich äußerlich gegen die anderen Nationalitäten im Reiche abzugrenzen. Bei der einsetzenden Bewegung für einen Kongreß, auf dem diese Forderungen formuliert werden sollen, ging es zwar auch hier nicht ohne Meinungskämpfe ab; aber die jüdisch-sozialistischen Arbeiterkreise, die anfangs besonders lebhaft gegen die Erörterung gesamtjüdischer Fragen protestierten, mußten sich auch hier davon überzeugen lassen, daß auf einem Kongreß von Juden irgendeines Staates nicht nur deren Interessen in ihrem eigenen Wohnlande besprochen werden dürfen. So wird also auch der russisch-jüdische Kongreß die Forderung nach Gleichberechtigung für die Juden aller Länder und die Forderung eines jüdischen Palästina aufstellen.

Eine ähnliche Bewegung bereitet sich in Holland vor, aber auch in England, Italien, Saloniki und in überseeischen Ländern hat der Funke des jüdischen Kongreßgedankens gezündet. Schreitet die Bewegung in ihrem bisherigen Tempo fort, so wird sie zweifellos allmählich alle Länder ergreifen, in denen Juden wohnen und zu einem bedeutend größeren Ereignis als dem anfänglich geplanten hindrängen: zu einem Weltkongreß des jüdischen Volkes mit Vertretern der Judenschaften aller Länder.

Es fragt sich nun, ob die deutsche Judenheit imstande ist einzusehen, daß es sich hier um ein unaufhaltsames Ereignis handelt, das auch von denen, die es für unwünschenswert halten, nicht mehr übersehen werden kann. Es fragt sich, ob die deutsche Judenheit genügend Einsicht besitzt, um aus dieser Erkenntnis die einzig mögliche Konsequenz zu ziehen: sich nämlich beizeiten nach dem Beispiel der Juden anderer Länder zu organisieren, um in dem künftigen Chor der für die Rechte des jüdischen Volkes Plädierenden seine Stimme gleichfalls erheben zu können. Denn daß das deutsche Judentum seine führende Rolle in der modern-jüdischen Geschichte für alle Zeiten verwirkt haben würde, wenn es sich von diesem Konzert der Judenschaft aller Länder ausschlösse, ist selbstverständlich.

Auch in Deutschland wird der Weg zu einem jüdischen Kongreß durch gewisse Parteikämpfe hindurchführen. Aber weshalb sollte man fürchten, daß gerade die deutschen Juden zu einer Einigung, die in anderen Ländern möglich war, nicht die genügende Selbstüberwindung und Klugheit besitzen werden? —

Eine Irreführung.

Die „Frankfurter Zeitung" bringt in ihrer Ausgabe vom 17. ds. Mts. eine Nachricht folgenden Inhalts:

„**Die Regierung und der Zionismus.** Die englische Presse meldet, daß sich der englische Kriegsminister erneut geweigert hat, dem Judenregiment eine besondere Bezeichnung zu geben, ihm ein jüdisches Regimentsabzeichen zu verleihen und diese Truppen jüdischer Soldaten ausschließlich in Palästina zu verwenden. Was letzteren Punkt anbetrifft, so erklärte der Kriegsminister seinem jüdischen Interviewer, daß die Absicht bestehe, die Truppen an der ägyptischen Front zu verwenden, daß sich die Regierung in dieser Hinsicht für die Zukunft jedoch in keiner Weise binden kann.

Die Haltung der englischen Regierung in dieser an sich nebensächlichen, aber in ihren Folgen bedeutungsvollen Frage zeigt, daß sie sich scheut, den aktivistischen, sozusagen militärischen Zionismus in bindender Form auf ihr Kriegsprogramm zu setzen, obgleich sie gegenwärtig gern bereit ist, aus der irregeleiteten, gegen die Türken gerichteten zionistischen Bewegung, wie sie jetzt in England, Amerika und Rußland auftritt, nach Möglichkeit Kapital zu schlagen. Die „Times", der sicherlich das Judentum höchst gleichgültig wäre, wenn sie nicht die höhere Bedeutung der Frage erkennen würde, ist mit dem Bescheid, den der Kriegsminister seinem Interviewer gegeben hat, nicht zufrieden und fordert die Regierung auf, von halben Maßnahmen zu ganzen Maßnahmen zu schreiten. Ob es die Zionisten nicht nachdenklich stimmen wird, daß gerade die „Times" jetzt als Vorkämpferin des Judentums auftritt?"

Diese Notiz ist eine — wahrscheinlich unbeabsichtigte — Irreführung, denn sie erweckt den Anschein, als ob der Antrag zur Bildung eines jüdischen Regimentes, das an der palästinensischen Front verwandt werden soll, eine zionistische Angelegenheit sei. In Wahrheit ist die Anregung ursprünglich von englisch-assimilantischen Kreisen ausgegangen, die um jeden Preis die in England lebenden russischen Juden im Heere unterbringen wollten und die hofften, daß der speziell jüdische Charakter des Regiments einen Köder für die Eingewanderten bilden würde. Der Irrtum, daß die Bildung dieses Regiments einem Wunsche der zionistischen Organisation entspreche, ist wohl aus der bedauerlichen Tatsache entsprungen, daß einige einzelne Zionisten ohne jegliche Unterstützung der Parteileitung für den Gedanken Propaganda gemacht haben.

Daß englische Zionisten das jüdische Regiment keineswegs herbeiwünschen, sondern sich im Gegenteil scharf gegen seine Schaffung aussprechen, beweist ein Beschluß, der am 19. August bei einer Sitzung der „Zion"-Gesellschaft in East London gefaßt wurde. Er lautet:

a) „Die Versammlung mißbilligt den Gedanken einer jüdischen Legion und protestiert gegen ihre Bildung.

(Fortsetzung auf Seite 428.)



Nützet Euch, nützet dem Vaterland, zeichnet Kriegsanleihe

b) Da die Bildung einer jüdischen Legion für besondere Operationen in Palästina die Interessen der Juden in der Türkei und die gesamte jüdische Lage in Palästina gefährden könnte, beschließt die Versammlung, die Führer der englischen Zionisten-Föderation und die zur Zeit im Lande wohnenden Mitglieder des zionistischen Aktions-Komitees zu ersuchen, sich an die königliche Regierung zu wenden, sie mit den Tatsachen bekanntzumachen und diese zu bitten, daß, falls eine jüd. Legion gebildet werden soll, diese keinen besonderen jüdisch-nationalen Charakter trage noch zur Erreichung jüdisch-nationaler Ziele verwendet werde, damit nicht Leben und Eigentum der Juden in Palästina gefährdet werden."

Auch bekannte Zionisten, wie z. B. der Rabbiner Gaster, haben in der Presse gegen das jüdische Regiment Protest erhoben.

Daß man auch in amerikanischen Zionistenkreisen die Bildung eines jüdischen Regiments mit wenig Freude betrachtet, beweist ein Aufsatz im national-jüdischen „American Jewish Chronicle" vom 3. August. Dieser schreibt:

„Es gibt unserer Ansicht nach für unser Volk keinen Grund, sich der Bildung eines besonderen jüdischen Regimentes in England mit dem „Magen David" als Banner zu freuen. Es gibt keine nationale jüdische Macht; wenn auch jeder gesunde Jude in diesem Kriege mitkämpft, gehört das jüdische Volk als solches nicht zu den kriegführenden Parteien, und schon aus diesem Grunde ist die Bildung eines besonderen jüdischen Regimentes nicht am Platze. Die Bildung besonderer jüdischer Regimenter ist politisch nicht nur unklug, sondern direkt gefährlich. In erster Linie kann sie zu bewußtem oder unbewußtem Brudermord führen. Wir könnten uns vorstellen, daß die deutschen Juden dem Beispiel der englischen Juden folgen und besondere jüdische Regimenter bilden würden, sodaß in der Schlacht diese jüdischen Regimenter gegen einander vorgingen. Die Soldaten würden dann nicht nur als Deutsche bezw. Engländer, sondern auch als Juden kämpfen. Kann man sich eine schrecklichere Tragödie vorstellen? Zwei jüdische Regimenter, die gegen einander kämpfen und ihr Judentum für eine nicht-jüdische Sache benutzen, wären nutzloser Brudermord und zugleich Sakrileg. Das „Schma Jisroel" der Opfer beider Regimenter wäre eine reine Gotteslästerung."

Leider hat sich die antisemitische Presse bereits des dankbaren Themas bemächtigt, um die zionistische Organisation für den Entschluß der englischen Regierung verantwortlich zu machen. Was sich übrigens die „Frankf. Ztg." unter einem „aktivistischen sozusagen militärischen Zionismus" vorstellt, ist selbst den bestinformierten Zionisten unklar.

Revolutionsgeneral v. Gebsattel gegen den „Judenfrieden":

Der „Vorwärts" schreibt unter dieser Überschrift:

„General der Kavallerie z. D. von Gebsattel, zweiter Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes, ist bekanntlich der Mann, der dem vorigen Reichskanzler wegen seiner Haltung in der Friedensfrage mit der Revolution gedroht hat. Auch sonst vollbringt der Herr General z. D. zur Erreichung der alldeutschen Eroberungsziele große Heldentaten — auf bedrucktem Papier, von militärischen Taten des Generals v. Gebsattel hat man bisher nichts vernommen.

„Sein neuestes Heldenstück leistet der Revolutionsgeneral in der Freitag-Abendausgabe einer von schwerindustriellem Kapital ausgehaltenen Berliner alldeutschen Zeitung. Er erfindet eine neue Hetzmethode gegen den Verständigungsfrieden, nämlich die antisemitische Hetzmethode. Sein Vorgehen richtet sich in gleicher Weise gegen die Anhänger des Verständigungsfriedens wie gegen die jüdischen Mitbürger, die im Gegensatz zu Herrn v. Gebsattel ihr Blut für Deutschland in den Schützengräben opfern. Sein Artikel betitelt sich „Judenwahlen — Judenfriede?" Der Revolutionsgeneral schildert ein angebliches Gespräch mit einem fränkischen Landsmann:

„Natürlich wurde auch über den Krieg und die Friedensaussichten gesprochen und er kam im Hinblick auf die Haltung der Reichstagsmehrheit zu dem Satz, der mich verblüffte: „Was ist da anders zu erwarten? Diesen Reichstag haben ja die Juden gemacht, jetzt macht er einen Judenfrieden!" Der Reichstag, „den die Juden gemacht haben", — wo hatte ich das schon gehört? — Richtig! in Daniel Frymanns ausgezeichnetem Kaiserbuch, in der im Januar 1914 erschienenen fünften Auflage war von den „Judenwahlen" die Rede gewesen in bezug auf diesen, den Zabern-Reichstag. Dann erinnerte ich mich weiter an die Rede, die im Frühjahr 1912 durch das Land gegangen war, daß der damals gewählte Reichstag aus „Judenwahlen" hervorgegangen sei, weil jüdisches Geld stark dabei mitgewirkt habe, die Wahlmache für die äußerste Linke zu fördern . . . Und dieser Reichstag, den der Volksmund als aus „Judenwahlen" hervorgegangen gekennzeichnet hat, in dem die Mehrheit bei jenen Parteien liegt, die zum größten Teil seit der Reichsgründung grundsätzlich alle Forderungen abgelehnt haben, die auf Kräftigung der Macht und Sicherheit des Reiches abzielten — ausgerechnet dieser Reichstag soll jetzt maßgebenden Einfluß auf das Kriegsende haben, soll dabei mitwirken wie der Friede wird?"

„Die Herren von der Rechten haben schon ziemlich seit Urgroßvaters Zeiten die Methode, alles, was ihnen in Deutschland nicht gefällt, als jüdische Mache zu bezeichnen, von der Revolution von 1848 angefangen, an der „Juden, Polen und Franzosen" schuld waren, bis zur Friedensresolution 1917. Für die „Judenwahlen" aber nur zwei Ziffern: jüdische Reichstagswähler gab es im Jahre 1912 etwa 120 000. Hinter den Mehrheitsparteien des Reichstags dagegen stehen 7½ Millionen Stimmen. Wie unsäglich albern ist da die Behauptung, der jetzige Reichstag sei von den Juden gemacht, welche Beleidigung würde sie für das selbständige Denken und Handeln des deutschen Volkes bedeuten . . . ."

Ein bayerischer Zionistentag.

Der zionistische Gruppenverband Bayern beabsichtigt im Laufe des Herbstes einen Zionistentag in München einzuberufen. Zionisten und Interessenten in bayerischen Städten, die an dieser Tagung teilzunehmen wünschen, werden ersucht, so bald wie möglich ihre Adressen anzugeben und in ihrem Bekanntenkreise auf die Veranstaltung aufmerksam zu machen.

Der Vorstand der zionist. Ortsgruppe München.
Jakob Fränkel.
München, Tattenbachstr. 8.

Welt-Echo

Antisemitische Hetzereien. Die „München-Augsburger Abendztg." veröffentlicht in ihrer Nr. 505 vom 25. September folgende Mitteilung:

Seit einiger Zeit werden in München an einzelne führende Persönlichkeiten und an die Schriftleitungen in Maschinenschrift hergestellte Hetzgedichte versandt, die in kläglichen Reimereien unbegründete Vorwürfe und Verleumdungen gegen unsere israelitischen Mitbürger enthalten. Der gemeine Feigling, der diese Pamphlete vertreibt, hütet sich, seinen Namen zu nennen und vermeidet in der Art seiner Schandbriefe sorgsam alle Anhaltspunkte, die zu seiner Entdeckung führen könnten. Wenn nun auch jeder vernünftige Empfänger diese Briefe möglichst ungelesen in den Papierkorb werfen wird, so muß doch gegen diesen Versuch, den Burgfrieden zu stören und das Gift der konfessionellen Hetze bei uns zu verbreiten, entschieden vorgegangen werden. Hoffentlich gelingt es, des feigen Pamphletisten habhaft zu werden, und ihm die nach dem Kriegszustandsgesetze (Art. 4 Ziff. 2) vorgesehene Gefängnisstrafe zu sichern.

Wir haben in der jetzigen und kommenden Zeit wirklich allen Anlaß, konfessionellen Reibereien und Hetzereien mit allen Mitteln entgegenzutreten.

Durch amtliche und private Statistiken ist festgestellt, daß Katholiken, Protestanten, Israeliten und Freireligiöse sich an der Front und daheim durch ihre vaterländischen Leistungen und Verdienste in keiner Weise unterschieden haben, also höre man endlich im öffentlichen und privaten Leben auf, konfessionelle Unterschiede und Scheidewände aufzurichten, die der Gesamtleistung unseres Volkes nur schaden.

Anfragen des Abgeordneten Werner. Im Reichstage ist wiederum eine ganze Anzahl kleiner Anfragen von Abgeordneten eingegangen. Die meisten hat auch diesmal der Antisemit Dr. Werner (Gießen) gestellt. Im Anschluß an die Pressemeldung, daß bei der Verwaltung von Ober-Ost eine besondere Abteilung für jüdische Belange eingerichtet worden sei, fragte er, ob und in welcher Weise auch die Rechte der in Ober-Ost wohnenden deutschen Volksgenossen gewahrt würden. Unter Hinweis auf ein Rundschreiben der jüdischen Großloge für Deutschland, das die Beschäftigung polnisch-jüdischer Arbeiter als Wanderarbeiter in der deutschen Industrie propagiert, nachdem bereits gute Erfahrungen damit gemacht worden seien, fragt Dr. Werner, wie sich der Reichskanzler zu einer Abschließung der bisherigen Reichsgrenzen gegen jüdische Zuwanderung stelle. Ferner fragt er, was aus der sogenannten konfessionellen Statistik geworden sei und wie sich der Reichskanzler zu der Bevorzugung der Juden bei den Kriegsgesellschaften stelle.

Ein Ehrentag des Berliner „Bar-Kochba". Unter strahlend blauem Himmel wurden am 5. August im Stadion im Berliner Grunewald die deutschen leichtathletischen Kriegsmeisterschaften ausgetragen. Die Wettkämpfe schlossen mit Staffetten, deren Verlauf von der fünftausendköpfigen Zuschauermenge mit höchster Spannung verfolgt wurde.

Zu den Mannschaften, die 7 der bekanntesten Turn- und Sportverbände zur Olympischen Jugendstaffette stellten, hatte sich kühn der „Bar-Kochba" gesellt. Breitester Öffentlichkeit galt es, stolz zu zeigen, welch reiches Können junge Juden entfalten, die ihr Leben dem freudigen Kampf für die Wiedergeburt jüdischer Volkskraft weihen.

Der Startschuß ertönt. Der Bar-Kochbaner liegt an letzter Stelle. Langsam arbeitet er sich heran, und unter tönendem Zuruf reißt unser Schlußmann 150 Meter vor dem Ziel die Führung an sich, um mit sicherem Vorsprung als erster das Ziel zu erreichen.

„Bar-Kochba" hat vor den bekannten deutschen Sportvereinen „Charlottenburger Turngemeinde" und „Teutonia" gesiegt. Wir beglückwünschen aufs herzlichste die Jugendmannschaft des „Bar-Kochba", die so erfolgreich den jüdischen Farben Lorbeeren errungen. (Jüd. Rundschau.)

Anerkennung der „israelitischen" Nationalität in Österreich. Im Zusammenhang mit dem neuen

!Hebräischer Unterricht!

Herren und Damen, die an einem hebräischen Unterrichtskurs teilnehmen wollen oder hebräischen Einzelunterricht nach moderner Methode wünschen, werden gebeten, dies der Redaktion des „Jüd. Echos" mitzuteilen.

Flüchtlingsgesetz veröffentlichte das österreichische Ministerium des Innern eine Statistik über das österreichische Flüchtlingselend. In dieser Statistik, aus der übrigens zu entnehmen ist, daß etwa 42 Prozent aller mittellosen, d. h. den Unterstützungsbestimmungen des neuen Flüchtlingsgesetzes unterliegenden Personen Juden sind, werden in der Nationalitätenrubrik neben anderen auch die Israeliten angeführt.

Zu dieser offiziellen Anerkennung der jüdischen Nationalität durch die österreichische Regierung schreibt die Prager „Selbstwehr" vom 17. August: „Die Bezeichnung der Juden als Nation von amtswegen . . . trägt endlich dem Volksbewußtsein der österreichischen Juden Rechnung, wenn auch von einer Nationalität der „Israeliten" zu sprechen nicht eben sehr stilvoll klingt. Die Regierung scheint sich also endlich der Einsicht zu nähern, die ihr ebenso wie dem kriegerfüllten Europa nottut, daß das sicherste Mittel, den Gefahren des übertriebenen Nationalismus und seiner politischen Auswüchse zu begegnen, ist: die nationalen Rechte anzuerkennen und die aus ihnen entspringenden gerechten Ansprüche zu befriedigen. Freilich wird man in Zukunft unser Volk als solches nicht vergessen dürfen, wenn von seinen Rechten und nicht nur von seinen Leiden die Rede sein wird . . ."

Ein jüdisches Bittgesuch an den Papst. Warschauer Blätter berichten: Infolge des Kriegszustandes mit Griechenland fehlten den Juden in diesem Jahre die Palmzweige und die Südfrüchte, die sie für das Laubhüttenfest brauchen, weshalb man sich aus Warschau an den „Israel-Verband" in Frankfurt a. M. um Vermittlung wandte. Dieser Verband ersuchte die italienische Regierung, die Ausführung von Palmzweigen zu rein religiösen Zwecken für die Juden in Deutscland, Polen und Litauen zu gestatten, doch lehnte Italien ab, worauf der Frankfurter Verband ein Bittgesuch an den Papst um dessen Einwirkung auf die italienische Regierung richtete.

Das Schulwesen in Polen. Wie die „Deutsche Warschauer Zeitung" berichtet, steht der Übergang des gesamten Schulwesens im besetzten Gebiete auf die polnische Verwaltung unmittelbar bevor; die Verständigung über die Modalitäten des Übergangs zwischen den General-Gouvernements und dem jeweiligen polnischen Staatsrat ist bereits erfolgt und als Termin der Übergabe der 1. Oktober festgesetzt worden. Die deutsche Schulverordnung vom 24. Juni 1915 tritt damit außer Kraft. Die kleineren Nationalitäten und Konfessionen sollen ihre Besonderheit wahren können. Für die jüdischen Schulen sollen spezielle Vorschriften getroffen sein. Diese Nachrichten bedürfen der Ergänzung.

Geld aus Amerika. Nach einer Haager Drahtmeldung polnisch-jüdischer Blätter erlaubte die amerikanische Regierung den jüdisch-amerikanischen Hilfsausschüssen, Geld für die armen Juden nach Polen, Litauen und Galizien zu senden. Dieser Tage wurden nach Holland, von wo aus die Verteilung erfolgt, zunächst 395 000 Dollar abgeschickt, davon 150 000 Dollar für die Juden im deutschen Besatzungsgebiet, 100 000 Dollar für die Juden im österreichischen Besatzungsgebiet, 50 000 Dollar für die Warschauer jüdischen Schulkinder und der Rest für Palästina und Rumänien.

Der verstorbene Bankier Sir Jakob Elijahu Sassoon in Bombay (Indien) hat in seinem Testament u. a. folgende Summen bestimmt: 66 000 Pfund Sterling für ein wissenschaftliches Institut in Bombay, 150 000 Rupies für jüdische Wohltätigkeitsanstalten, Krankenhäuser und Beth-ha-Midraschim in Indien, 8000 Rupies für den Oberrabbiner in Jerusalem, daß er für ihn bete, 2000 Rupies für Arme in Jerusalem, 4000 Rupies für die Rabbiner in Saffed, Chebron und Tiberias, damit sie für ihn beten.

Die Judenpogrome in Leeds. Wegen der Judenpogrome in Leeds hat eine Versammlung sämtlicher in Leeds bestehenden 14 jüdischen Gesellschaften, Vereine und Synagogen einstimmig beschlossen, ein Komitee aus 15 Personen zwecks „Schutz und Verteidigung der Judenschaft in Leeds und des gesamten Judentums" zu wählen. Das Komitee wird mit anderen jüdischen Organisationen in England zwecks Schaffung ähnlicher Organisationen Fühlung nehmen.

Die holländ. Regierung für den Zionismus. Die intensive und systematische Aufklärungsarbeit in der großen holländischen Öffentlichkeit über den Zionismus, die im Laufe dieses Jahres durchgeführt wurde, zeitigt ihre ersten Erfolge. Der holländische Finanzminister M. W. F. Treub hat kürzlich in einer Unterredung mit dem jüdischen Publizisten Ben Mose Zwi sich als entschiedenen Anhänger der zionistischen Lösung der Judenfrage erklärt. Die Stellungnahme dieses in Holland sehr beliebten Ministers für den Zionismus hat auf die jüdische und nichtjüdische Öffentlichkeit großen Eindruck gemacht. Daß Minister Treub keinen Einzelfall darstellt, ergibt sich aus seiner bedeutsamen öffentlichen Erklärung, die das bekannte Mitglied des großen Aktionskomitees, Herr Jacobus H. Kann, kürzlich abgab. Herr Kann versicherte, begründeterweise sagen zu dürfen, daß die holländische Regierung dem Zionismus sympathisch gegenüber stehe. Es bedarf keines Hinweises, von welcher Bedeutung diese Haltung der holländischen Regierung bei dem durch den Krieg so gesteigerten moralischen und politischen Gewicht der neutralen Staaten und der Möglichkeit der Abhaltung des Friedenskongresses in der holländischen Residenz für die internationale Behandlung der Judenfrage werden kann. (J.A.K.)

Ein jüdischer Kongreß in Holland. Während man in Rußland, den Vereinigten Staaten, Saloniki und Italien von jüdischen Kongressen spricht, ist auch in Holland ein „gemeinschaftliches Komitee“ zur Einberufung eines holländisch-jüdischen Kongresses gegründet worden. Es ist interessant, daß in Holland Vertreter der verschiedenen Anschauungen im Judentum, das niederländische Bureau der Alliance Israélite, die niederländische Zionisten-Föderation und die niederländische Ito-Föderation gemeinschaftlich für das Zustandekommen des Kongresses arbeiten.

Hechaluz. Die Bewegung zur Bildung von Gruppen junger Leute, die nach Beendigung des Krieges nach Palästina gehen sollen (Hechaluz), hat auch in der jüdischen Jugend Hollands eingesetzt. Auf Anregung der zionistischen Vereinigung „Haschachar“ fand am 2. September unter dem Präsidium des Herrn Fronmann eine Konferenz der jüdischen Jugendverbände Hollands statt. 17 Korporationen waren durch 50 Delegierte vertreten. Die Konferenz nahm nach eingehender Diskussion folgenden Beschluß an:

„In Erwägung, daß die Erschließung und Bearbeitung des Bodens durch die Juden in Erez Israel nur durch entsprechend vorbereitete und ausgebildete junge Pioniere erfolgen kann, hält es die Chaluz-Konferenz für die Pflicht der jüdischen Jugend in Holland, sich der in Amerika und in Osteuropa entstandenen Chaluz-Bewegung anzuschließen und sie materiell und moralisch mit aller Kraft zu fördern.“

Die Konferenz beschloß die Gründung einer Chaluz-Organisation und wählte eine Kommission, die aus folgenden Sektionen besteht:

1. Landwirtschaftliche Sektion. Dieser obliegt die Aufgabe, junge Leute, die sich als Pioniere zur Verfügung stellen wollen, zu organisieren und sie auf landwirtschaftlichen Betrieben in Holland für ihren Beruf praktisch ausbilden zu lassen.

2. Finanz-Sektion. Diese hat die Aufgabe, die für die Durchführung der gekennzeichneten Aufgaben nötigen Mittel zu beschaffen und Maßnahmen zu treffen, die Ansiedlung der Pioniere in Palästina zu erleichtern.

3. Propaganda-Sektion. Diese hat die allgemeine Propaganda für den Chaluz-Gedanken in Holland unter der jüdischen Jugend in Wort und Schrift zu führen, wobei auch die Propaganda für den Pionierbeitrag berücksichtigt werden soll, der bekanntlich dazu bestimmt ist, den Pionieren in Erez Israel zu helfen, sich in Genossenschaften zusammenzuschließen und sie mit der nötigen Ausrüstung zu versehen.

In die Kommission wurden die Herren E. Chanania, I. Glas, Berthold Hallenstein, Jacob Landau, Lindemann, Lipschütz, Oppenheim, Samuel Schmeidler und I. van Tyn gewählt. (JKA)

Ein Anti-Pogrom-Gesetz. Der Petersburger Staatsanwalt Kerinsky hat an die provisorische Regierung das Ersuchen gerichtet, ein Gesetz zu erlassen, das jegliche Pogrom-Agitation untersagt. Der Grund dieses Gesuches ist darin zu suchen, daß Gerüchte von einem großen Kampf gegen die Juden zu dem Staatsanwalt gedrungen sind. Besonders in der Gegend von Petersburg und Witebsk wird der Pöbel zu Gewalttaten ge-

gen die Juden aufgehetzt. Listen von bekannten Juden, „gegen die man zuerst vorgehen soll“, zirkulieren, und Protestversammlungen sollen in den Städten und im Heere stattgefunden haben. Die Antisemiten behaupten, die Juden strebten nach Besetzung aller führenden Posten in den Milizen, Stadtverwaltungen und im Arbeiter- und Soldatenrat.

Die Lage der rumänischen Juden. In der russischen Presse mehren sich in letzter Zeit die unfreundlichen Stimmen gegen die Rumänen. Laut „Kiewskija Mysl“ hält trotz des Einspruches der russischen Heeresorganisationen an der Südwestfront das Schreckensregiment der Regierung an, in Jassy besonders gegen die jüdische Bevölkerung. Die Behörden fahren fort, die Juden bei dem geringsten Verdacht zu verhaften, sie Körperstrafen zu unterwerfen und zu erschießen. Ganze Familien, über die wegen angeblicher Deutschfreundlichkeit der Boykott erklärt wurde, sterben buchstäblich vor Hunger, da ihnen die Lebensmittel verweigert werden.

Laut „Rußkoja Wjedomostji“ veranstaltete die sozialistische 200. Sektion in Odessa eine große Protestversammlung im Stadtpark gegen die Unterdrückungspolitik der rumänischen Regierung. Auf der Massenversammlung sprachen der bekannte Sozialist Rakowski und andere rumänische Sozialisten. Eine von Odessa ausgesandte Deputation unter der Führung des Rabbiners Nebelskij und des Herausgebers des Blattes „Unser Leben“ erhob perönlich Vorstellungen bei Bratianu in Jassy. Der rumänische Ministerpräsident wies darauf hin, daß vorläufig keine verfassungsmäßigen Grundlagen vorhanden seien, um die Lage der Juden zu erleichtern. Er höre zum erstenmal durch den ihm von der Abordnung berichteten Einzelfall, daß besondere Grausamkeit gegen die jüdische Bevölkerung ausgeübt werde. Auf Grund dieser Auskunft verzichtete die Deputation darauf, die von Bratianu vorgeschlagene Audienz beim König nachzusuchen.

Das Elend in Saloniki. In der Schweiz hat sich soeben ein Komitee „Pro Saloniki“ gegründet, das für die verunglückten Juden dieser Stadt Gaben und Naturalien sammeln will. Die gesamte Schweizer Presse steht dem von den bedeutendsten jüdischen Männern der Schweiz unterfertigten Aufruf dieses Komitees sympathisch gegenüber. Christliche Spender und Freunde der jüdischen Sache haben diese Gelegenheit ergriffen, um ihre Sympathien dem jüdischen Volke zu bezeugen. Man erwartet, daß die Tätigkeit des Komitees „Pro Saloniki“ den besten Erfolg haben wird. (J.A.K.)

Literatur für jüdische Kriegsgefangene. In Berlin hat sich vor kurzem ein „Ausschuß zur Beschaffung jidischer und hebräischer Literatur für russische kriegsgefangene Juden („Azbil“) unter dem Protektorat der königlich spanischen Botschaft mit Genehmigung des Kriegsministeriums gebildet. Gleich nach der russischen Revolution trat das Komitee mit Rußland, Amerika und fast allen neutralen Ländern in Verbindung. Um den Ankauf jüdischer Bücher für über 30 000 jüdische Gefangene zu regulieren, hat sich das Komitee nach Warschau und Wilna gewandt, damit dort besondere Komitees gegründet werden, die den Einkauf und Transport der Bücher besorgen sollen.

Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, München, Herzog Maxstr. 4.
Verantwortlich für die Redaktion: Helene Hanna Cohn, München, Von der Tannstr. 22; für den Anzeigenteil: M. W. Stöhr, München